

Armut und soziale Ausgrenzung in Europa

Einleitung

Seit der Sitzung des Europäischen Rates in Lissabon im März 2000 hat die Sozialpolitik der EU insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine neue Qualität erhalten. Zwar hatte die EU auch bis dahin bereits sozialpolitische Ziele formuliert, doch waren diese eher vage und vor allem den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen untergeordnet. Durch den so genannten Lissabon-Prozess, der zum Ziel hat, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größerem sozialen Zusammenhalt zu erzielen“, wurde erstmals die Sozialpolitik in einem Satz mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik genannt. Gleichzeitig wurde in Lissabon die „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) für das Feld der sozialen Sicherheit implementiert, um die Ziele in den einzelnen dazu gehörigen Politikbereichen zu konkretisieren und den Prozess zur Erreichung der Ziele zu forcieren. Als erstes wurde die OMK im Bereich soziale Eingliederung und Armut eingeführt. Mittlerweile gibt es sie auch für die Alterssicherung sowie für Gesundheit und Pflege. Die OMK hat dabei weder das Ziel, die sozialen Sicherungssysteme in der EU zu harmonisieren, noch geht es darum, eigene Instrumente der EU für soziale Sicherung zu schaffen. Vielmehr bleibt die Wahl der Mittel nach wie vor den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen. Die EU hat auch keine Sanktionsmöglichkeiten bei Zielverletzungen, wie sie beispielsweise im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorgesehen sind. Trotzdem hat die EU inzwischen einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Sozialpolitik, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Die in diesem Beitrag behandelte Thematik hat dabei einen besonderen Stellenwert: Die Bekämpfung von Armut und die Förderung der sozialen Eingliederung ist ein wesentliches Ziel der Sozialpolitik der EU (vgl. Europäische Kommission 2005: 10f.) und das Jahr 2010 soll „Europäisches Jahr der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut“ (Europäische Kommission 2005: 11) werden. Dabei sind die Herausforderungen in den letzten Jahren eher gestiegen als gesunken. Einerseits führen die „Globalisierung“ und der damit verbundene Wettbewerb zwischen den Staaten nicht unbedingt zu einem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme. Darüber hinaus verlangt der Erweiterungsprozess auf jetzt 25 und demnächst 27 Mitgliedstaaten auch für den Bereich der Armutsbekämpfung eine Überarbeitung der bisherigen Sichtweisen, Analysemethoden und politischen Strategien.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen geht es in diesem Beitrag vor allem um eine empirische Bestandsaufnahme zu Armut und sozialer Ausgrenzung in der

Europäischen Union und zum Umgang der EU damit. Dazu werden im Abschnitt 2 zunächst das Prinzip und die Funktionsweise der Offenen Methode der Koordinierung erläutert. Ein wichtiger Bestandteil der OMK ist die Festlegung von Indikatoren. Deshalb wird im Abschnitt 3 beschrieben, wie Armut von der EU definiert wird und für welches Messverfahren sich die EU entschieden hat. Das ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil die Art der Messung Einfluss auf die festgestellte Zusammensetzung der Armutspopulation und damit auf die sozialpolitischen Schlussfolgerungen hat. Im Abschnitt 4 werden zentrale deskriptive Ergebnisse zu Armut in Europa präsentiert. Dabei geht es einerseits um die Darstellung der allgemeinen Armutsquoten, um zu zeigen, in welchen Ländern die Armut hoch und in welchen niedrig ist, und andererseits um die Armutsbetroffenheit nach Geschlecht und Alter, um zu verdeutlichen, inwiefern Unterschiede in der Struktur der Armutspopulation in den einzelnen Ländern bestehen. In diesem Zusammenhang wird auch der Effekt der Armutsmessung diskutiert. Im Abschnitt 5 geht es dann um Strategien gegen Armut. Dabei wird zunächst untersucht, inwieweit es einen Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Armut gibt. Schafft der Sozialstaat seine eigene Klientel oder führen höhere Sozialausgaben zu einer geringeren Armut? Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere, ob es Länder gibt, die es schaffen mit geringen Sozialausgaben Armut erfolgreich zu bekämpfen. Darüber hinaus wird kritisch hinterfragt, inwiefern die Ausweitung der Beschäftigung ("jobs, jobs, jobs") eine geeignete Strategie gegen Armut ist. Schließlich werden in diesem Abschnitt Ansätze vorgestellt, wie durch zielgerichtete Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung Armut verringert werden kann. Der Beitrag endet mit einem Ausblick sowie Schlussfolgerungen sowohl in Bezug auf wissenschaftliche Untersuchungen als auch für den weiteren politischen Prozess.

Die Offene Methode der Koordinierung im Bereich soziale Ausgrenzung und Armut

Die Offene Methode der Koordinierung besteht aus vier aufeinander aufbauenden, sich ergänzenden und gegenseitig beeinflussenden Bestandteilen. Zunächst einmal geht es um die Festlegung gemeinsamer Ziele. Der zweite Schritt ist die Bestimmung von einheitlichen Indikatoren, um die Zielerreichung messbar und vergleichbar zu machen. Drittens wird ein Berichtswesen implementiert, in dessen Rahmen die Mitgliedstaaten regelmäßig unter Verwendung der festgelegten Indikatoren Berichte vorlegen, in denen die bisherigen Entwicklungen sowie politische Strategien zur Erreichung der gemeinsam beschlossenen Ziele empirisch dargestellt werden. Viertens geht es in diesen Berichten um so genannte *best practice* Beispiele, also um besonders vorbildhafte Maßnahmen der Armutsbekämpfung.

Wie erwähnt soll bei dem gesamten Prozess die Subsidiarität der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Mittel vollständig gewahrt bleiben. Es wird aber erwartet, dass durch die Veröffentlichung der Ergebnisse ein gewisser Druck auf diejenigen Staaten

entsteht, die in Bezug auf die Ziele eher schlecht abschneiden bzw. die eine im Vergleich zu den anderen Staaten eher negative Entwicklung haben. Auch wenn die Wahl der Mittel frei bleibt, ist es ein wichtiges Ziel, dass die Mitgliedstaaten von einander lernen – durch Orientierung an den Ländern, die ihre Ziele am Besten erreichen, und durch die *best practice* Beispiele. Der gesamte Prozess ist dabei nicht starr, sondern sowohl die Ziele als auch die Auswahl der Indikatoren können sich durchaus verändern und sich gegenseitig beeinflussen, was in der Zwischenzeit auch bereits geschehen ist. Dieses soll durch den Begriff *Offene Methode* der Koordinierung verdeutlicht werden, weil der Verlauf und die Ergebnisse des Prozesses nicht von vornherein festgelegt sind. Die Methode der Koordinierung ist aber noch in einem zweiten Sinne „offen“. Es sollen nämlich alle betroffenen Akteure einbezogen und mobilisiert werden. So besteht der Anspruch, dass nicht nur die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten an der OMK beteiligt sind, sondern auch sozialpolitische Institutionen, Nichtregierungsorganisationen, Betroffenenverbände oder auch regionale Entscheidungsträger, z.B. in Deutschland die Landesregierungen.

Für den Bereich Armut und soziale Eingliederung ging der Prozess, der als erster eine gewisse Vorbildfunktion für die anderen Bereiche der sozialen Sicherung hat, folgendermaßen vonstatten: Nach der grundsätzlichen Entscheidung in Lissabon und einer Konkretisierung von ersten gemeinsamen Zielen im Dezember 2000 in Nizza wurden die Mitgliedstaaten vom Europäischen Rat aufgefordert, bereits bis Mitte Juni 2001 erste Nationale Aktionspläne für soziale Eingliederung (*National Action Plans for social inclusion*, NAPincl.) zu erstellen, die von da an alle zwei Jahre vorgelegt werden sollten. In dem ersten Bericht nahmen die Regierungen einerseits zu den Zielen und andererseits zu möglichen Indikatoren Stellung. Von der belgischen EU-Präsidentschaft wurde darüber hinaus eine Gruppe namhafter WissenschaftlerInnen beauftragt, auch unter Einbeziehung dieser nationalen Aktionspläne und den darin enthaltenen Vorschlägen einen unabhängigen Bericht für soziale Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung zu erstellen, der dann auf einer größeren wissenschaftlichen Konferenz im September 2001 in Antwerpen breit diskutiert wurde (vgl. Atkinson et al. 2002). Der Europäische Rat hat dann darauf aufbauend auf seiner Sitzung im belgischen Laeken im Dezember 2001 eine Liste von 10 Hauptindikatoren (*primary indicators*) und 8 ergänzende Indikatoren (*secondary indicators*) beschlossen. Neben diesen auf EU-Ebene festgelegten „Laeken-Indikatoren“ können die einzelnen Mitgliedstaaten zusätzlich eigene *tertiary indicators* bestimmen, die die Berichterstattung ergänzen sollen.

Auf der Basis dieser beschlossenen Indikatoren wurden die zweiten Nationalen Aktionspläne von den alten EU-Mitgliedstaaten im Juli 2003 und von den 10 Beitrittsländern im Juli 2004 vorgelegt. Neben der empirischen Berichterstattung ging es hier um die Darlegung von Prioritäten und Maßnahmen gegen Armut für den Zeitraum von 2003 bis 2005 bzw. 2004 bis 2006. Bis Mitte September 2006 liegen die nächsten „Berichte über Strategien zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung“ vor, in denen jetzt auch die bisher getrennten Bereiche Alterssicherung und

Gesundheit/Pflege mit integriert sind. Neben den nationalen Berichten gibt es darüber hinaus gemeinsame Berichte (*joint reports*) der EU. Datengrundlage für die empirischen Ergebnisse war in den ersten Jahren das Europäische Haushaltspanel (ECHP), das allerdings 2001 eingestellt wurde. Ersetzt wird dieser Datensatz durch eine neue, für alle Mitgliedstaaten einheitliche Erhebung, den Survey on Income and Living Conditions (EU-SILC). Für einen Teil der Länder wurden die Daten bereits 2004 erhoben, die erste flächendeckende Erhebung gab es 2005 und der dazugehörige Datensatz soll Ende 2006 vorliegen. In der zwischenzeitlichen Lücke wurden nationale Datensätze verwendet, wodurch die Vergleichbarkeit natürlich eingeschränkt ist.

Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Schon Mitte der 80er Jahre hat der Europäische Rat definiert, was er unter Armut versteht: „*Verarmte Personen sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind*“ (Europäischer Rat 1985).

Für die Frage, wer arm ist, sind also die Mittel von Bedeutung, über die jemand verfügt. Der Europäische Rat schließt sich damit der in der Armutsforschung üblichen *Ressourcen-Definition* von Armut an, wobei er besonders betont, dass es nicht nur auf das Einkommen, sondern auch auf andere Ressourcen ankommt. Wie diese Mittel verwendet werden, ist nach dieser Definition sekundär. Außerdem wird jemand, der trotz ausreichender Ressourcen freiwillig auf einen bestimmten Lebensstandard verzichtet, nicht als arm angesehen. In der Armutsforschung wird die Ressourcen-Definition auch als indirekte Messmethode bezeichnet, im Gegensatz zur direkten Armutsmessung, die am tatsächlich beobachteten Lebensstandard ansetzt (vgl. Ringen 1988). Darüber hinaus handelt es sich bei der Armutdefinition der EU um eine *relative Definition* von Armut, wobei der Maßstab der Lebensstandard in dem jeweiligen Land ist.

In der empirischen Armutsforschung wird üblicherweise das Einkommen als Ressourcenindikator zu Grunde gelegt und die Armutsgrenze als Prozentwert eines Durchschnittseinkommens, üblicherweise arithmetisches Mittel oder Median, angegeben. Bei der Messung des Einkommens ist es eine wichtige Frage, über welche(s) Einkommen eine Person verfügt. Typische Annahme ist, dass sämtliche Einkommen eines Haushaltes "in einen Topf geworfen" (*gepoolt*), und dann gleichmäßig aufgeteilt werden. Grundlage der Berechnungen ist also ein Pro-Kopf-Einkommen, genauer gesagt ein *bedarfsgewichtetes* Pro-Kopf-Einkommen, das so genannte Äquivalenzeinkommen, bei dem berücksichtigt wird, dass erstens Kinder einen geringeren Bedarf als Erwachsene haben und zweitens bei größeren Haushalten ökonomische Vorteile entstehen, so dass ein Zweipersonenhaushalt weniger als das Doppelte eines Einpersonenhaushalts braucht. Die genaue Berechnung dieser Äquivalenzeinkommen geschieht mittels Äquivalenzskalen,

wobei die Wahl der Äquivalenzskala erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnisse haben kann, wie weiter unten noch dargestellt wird.

Zwei Standard-Äquivalenzskalen sind die OECD-Skala (vgl. OECD 1982), die manchmal auch alte oder ursprüngliche OECD-Skala genannt wird, und eine modifizierte OECD-Skala, manchmal auch neue OECD-Skala genannt. Die Funktionsweise ist im Prinzip gleich: Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das Haushaltseinkommen jeweils durch die Summe der Bedarfsgewichte der Haushaltsmitglieder geteilt, wobei ein Einpersonenhaushalt ein Gewicht von 1 hat. Bei der ursprünglichen OECD-Skala erhält jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,7 und Kinder unter 14 ein Gewicht von 0,5. Bei einem Haushalt von zwei Erwachsenen mit einem Haushaltseinkommen von 1700 € erhält also jede Person rechnerisch ein Äquivalenzeinkommen von 1000 €. Die modifizierte OECD-Skala wurde erstmals für eine Studie über Armut in Europa in Anlehnung an die OECD-Skala verwendet, wobei die Modifikation darin bestand, dass die Bedarfsgewichte für weitere Haushaltsmitglieder auf 0,5 bzw. 0,3 reduziert wurden (Hagenaars et al. 1995: 17). Im Rahmen der OMK hat sich die EU für die Verwendung der modifizierten OECD-Skala entschieden, was wie unten gezeigt wird, Konsequenzen hat.

In der Armutsforschung ist eine Armutsgrenze von 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens üblich. Zur Berechnung des Durchschnitts kommen dabei vor allem zwei Verfahren in Betracht: das arithmetische Mittel (*mean*), das den Wert bei Gleichverteilung angibt, und der Median, bei dem gerade die Hälfte einen höheren und die andere Hälfte einen niedrigeren Wert hat, wobei der Median bei Einkommensverteilungen typischerweise einen geringeren Wert als das arithmetische Mittel hat. Aus statistischen Gründen spricht einiges für die Verwendung des Medians, weil er weniger anfällig für Messfehler am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung ist, andererseits hat das arithmetische Mittel den Vorteil, dass sich seine Veränderung auch aus makroökonomischen Daten herleiten lässt. Es gibt aber auch inhaltliche Argumente. So unterscheiden sich die beiden Verfahren insbesondere hinsichtlich der Bedeutung hoher Einkommen, vor allem im Zeitverlauf. Während sich das arithmetische Mittel immer gemäß der allgemeinen Einkommensentwicklung verändert, ist für die Veränderung des Medians von Bedeutung, wer z.B. von einem Wirtschaftswachstum profitiert. Sind es vor allem die Reichen, ändert sich an dem Median nichts, weil sich das mittlere Einkommen nicht ändert. Die EU hat sich dafür entschieden, den Median als Maßstab zu verwenden. Als Grenze werden allerdings 60% verwendet, so dass dies etwas über dem Wert von 50% des arithmetischen Mittels liegt. Die Unterschiede sind aber nicht sehr groß, so dass für die Messung letztlich vor allem die Wahl der Äquivalenzskala bedeutsam ist.

Soziale Ausgrenzung und Armut werden im politischen Jargon der EU häufig synonym verwendet, allerdings wird betont, dass es sich bei sozialer Ausgrenzung erstens um ein multidimensionales Phänomen und zweitens um einen zeitlichen Prozess handelt. Um dies zu unterstreichen, wird die beschlossene

Einkommensarmutsgrenze als *Armutsriskogrenze* bezeichnet, weil ein geringes Einkommen zu einem Zeitpunkt noch nicht gleichbedeutend mit Armut, zumindest nicht mit sozialer Ausgrenzung sei. Um dem Unterschied zwischen Armut und sozialer Ausgrenzung Rechnung zu tragen, gehören deshalb zu der Indikatorenliste auch Indikatoren zu anderen Dimensionen, wie Arbeitsmarkt, Bildung, Lebenserwartung oder Gesundheit sowie eine Quote „dauerhaften Armutsriskos“, bei der der Anteil der Bevölkerung gemessen wird, der in drei Folgejahren ein Einkommen unter der Armutsriskogrenze hat. Mit Hilfe dieser Indikatoren soll auch dem multidimensionalen Ressourcenansatz, der in der oben zitierten Armutdefinition zum Ausdruck kommt, Rechnung getragen werden.

Empirische Ergebnisse

Im Folgenden werden zentrale deskriptive Ergebnisse zu Armut in Europa präsentiert, die dem aktuellen Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung entnommen sind (Europäischer Rat 2006). Datengrundlage ist für einige Länder bereits die erste Befragungswelle des EU-SILC (Belgien, Dänemark, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Finnland und Schweden). Für die anderen Länder wurden nationale Datensätze verwendet, für Deutschland z.B. das Sozio-Ökonomische Panel, wobei von Eurostat (dem Statistischen Amt der EU) versucht wurde, die Indikatoren dem Messverfahren für den EU-SILC anzupassen. Für die meisten Länder ist die Grundlage das Jahreseinkommen von 2003, mit Ausnahme der tschechischen Republik (2002) und Malta (2000).

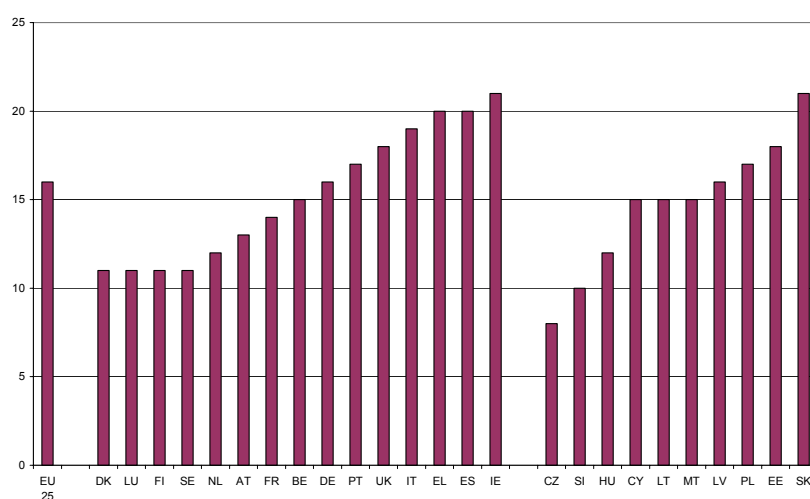
Armut in der Gesamtbevölkerung

In den folgenden Schaubildern werden jeweils die 15 alten EU-Mitgliedstaaten (EU15) und die neuen Beitrittsländer (EU10) getrennt aufgeführt. Die Werte für die Gesamtunion (EU25) ergeben sich als gewichteter Durchschnitt der Einzelländer, der von Eurostat berechnet wurde. Die EU-weite Armutsrisikoquote beträgt danach 16% (vgl. Abb. 1), d.h. über 70 Millionen Personen in der EU leben in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der oben erklärten EU-Armutsgrenze.¹ Für die alten EU-Mitgliedsländer lässt sich dabei eine Dreiteilung vornehmen, die sich so auch für andere Zeitpunkte, Armutsmasse und auf Basis anderer Datensätze zeigt. Gering sind die Armutquoten jeweils in den Skandinavischen Ländern sowie Luxemburg, hoch sind sie in den südlichen Mittelmeerländern Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sowie in den angelsächsischen Ländern Großbritannien

¹ Der Einfachheit halber werden im Folgenden die Begriffe Armutsriskogrenze und Armutsgrenze sowie Armutquote und Armutsrisikoquote synonym verwendet.

und Irland. In der Mitte liegen die mitteleuropäischen Länder, wobei für die Niederlande noch eine relativ niedrige Armutsquote zu beobachten ist. Deutschland liegt auf Basis dieser Zahlen mit einem Armutsanteil von 16% genau im EU-Durchschnitt und damit schlechter als bei früheren Auswertungen, bei denen Deutschland nach den skandinavischen Ländern ähnlich wie die Niederlande üblicherweise eine relativ niedrige Armutsquote aufwies. Im Rahmen des zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde allerdings ebenfalls festgestellt, dass die Armutsquote in Deutschland seit 1998, insbesondere nach 2001, relativ stark angestiegen ist (vgl. Becker/Hauser u.a 2004) – ein Anstieg, der so in den anderen Ländern offensichtlich nicht von statten gegangen ist.

Abbildung 1: Armutsquoten in den Ländern der Europäischen Union



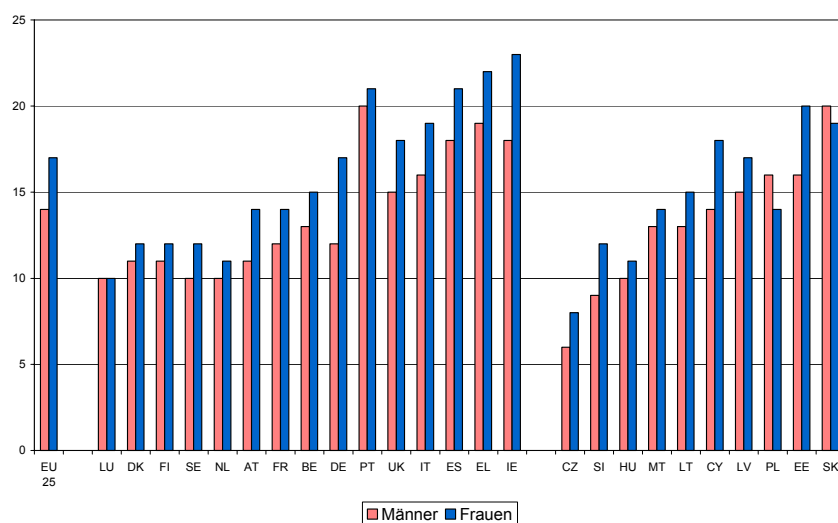
Quelle: Europäischer Rat (2006): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Anhang – Methodologie und statistische Tabellen. Tabelle 5. Eigene Darstellung.

Armut nach Geschlecht

Wird nach Geschlecht unterschieden (vgl. Abb. 2), so zeigt sich, dass in der EU Frauen mit 17% ein höheres Armutsrisiko haben als Männer (14%). Sowohl insgesamt als auch in den meisten Mitgliedsländern ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen aber nicht sehr groß, in manchen Ländern liegt die Armutsquote der Männer sogar über der der Frauen (Polen und Slowakei) oder sind in etwa gleich hoch (Luxemburg). Das mag auf den ersten Blick erstaunen, weil Frauen ja in der Regel über ein geringeres Einkommen verfügen als Männer. Da bei der Armutsmessung aber davon ausgegangen wird, dass die Einkommen innerhalb eines Haushalts gepoolt und danach gleichverteilt werden, ist die Konsequenz, dass

der Unterschied in den Armutsquoten zwischen Männern und Frauen nur durch Haushalte zu Stande kommt, in denen Männer und Frauen nicht zusammenleben. Die höhere Armutsbetroffenheit bezieht sich bei Frauen insbesondere auf Alleinerziehende und ältere alleinstehende Frauen, die in der Regel ein relativ hohes Armutsrisiko haben.

Abbildung 2: Armutsquoten in den Ländern der Europäischen Union nach Geschlecht



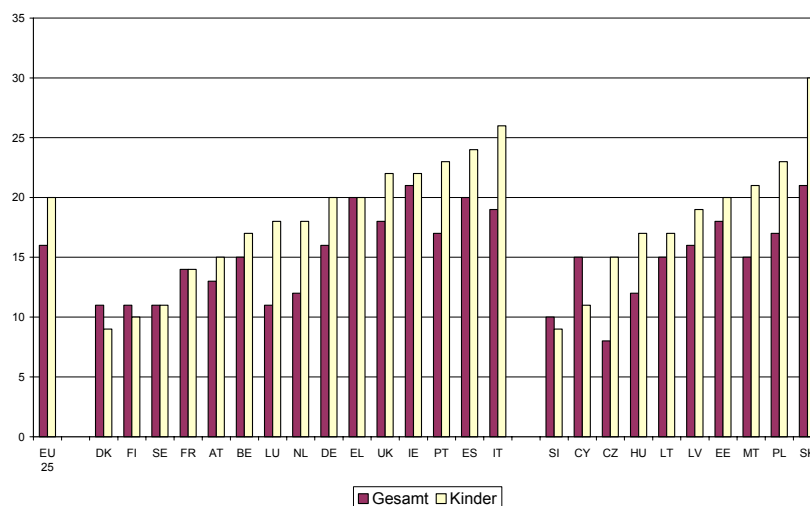
Quelle: Europäischer Rat (2006): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Anhang – Methodologie und statistische Tabellen. Tabelle 5. Eigene Darstellung.

Kinderarmut

In fast allen Ländern haben Kinder eine überdurchschnittliche Armutsquote. Nur in Dänemark, Finnland, Slowenien und Zypern sind Kinder unterdurchschnittlich von Armut betroffen; in Schweden, Frankreich und Griechenland liegen die Armutsquoten von Kindern in etwa im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. In der gesamten EU beträgt die Armutsquote von Kindern 20%, d.h. jedes fünfte Kind lebt in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der EU-Armutsgrenze. Auch diesbezüglich liegt Deutschland wieder genau im EU-Durchschnitt. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist dabei u.a. deswegen von besonderer Bedeutung, weil die Lebenslage von Kindern entscheidend für deren weitere Entwicklung ist. Verhinderung von Kinderarmut hat darum eine wesentliche Bedeutung für die Verbesserung der Chancengleichheit in der Gesellschaft. Darüber hinaus ist ein Ziel der Strategie der EU für soziale Eingliederung die Bekämpfung von Armut der

"most vulnerable", wozu Kinder aufgrund ihrer hohen Armutsquoten, aber auch deswegen gehören, weil sie sich nicht selbst aus der Armut befreien können. Atkinson et al. (2005) schlagen deshalb ein "children mainstreaming" vor, bei dem die Kinderarmut zur Querschnittsaufgabe sowohl bei der Berichterstattung über als auch bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden soll.

Abbildung 3: Armutsquoten von Kindern (bis 15 Jahre) in den Ländern der Europäischen Union



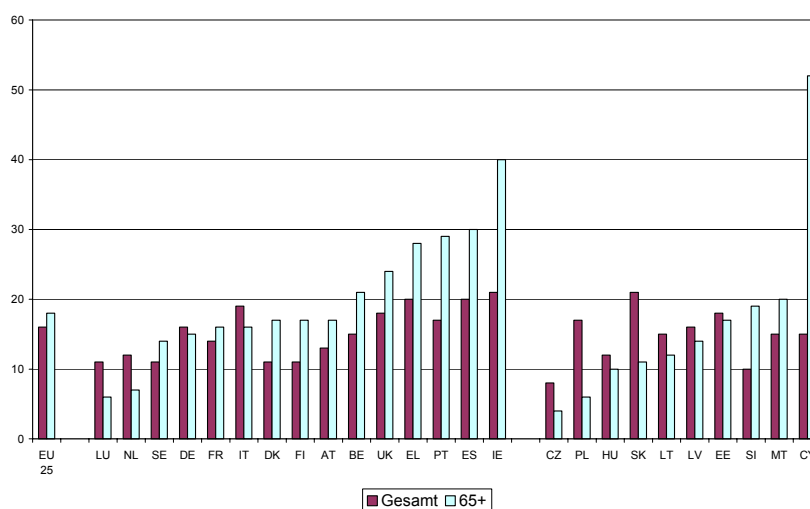
Quelle: Europäischer Rat (2006): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Anhang – Methodologie und statistische Tabellen. Tabelle 5. Eigene Darstellung.

Armut der älteren Bevölkerung

Während Kinder bis auf die genannten Ausnahmen in der Regel ein überdurchschnittliches Armutsrisiko haben, ist das Ergebnis für die ältere Bevölkerung ab 65 Jahren uneinheitlich. In 11 Ländern ist die Armutsquote unterdurchschnittlich, und zwar in vier der alten EU-Mitgliedstaaten (Luxemburg, die Niederlande, Italien und Deutschland), wobei die Quote in Deutschland nur einen Prozentpunkt unter der allgemeinen Armutsquote liegt, sowie in sieben der Beitrittsländer von 2004. Ausnahmen sind hier lediglich Slowenien, Malta und Zypern, wobei die Armutsquote der Älteren in Zypern mit über 50% extrem hoch ist. Auffällig ist, dass die Armutsquoten der älteren Bevölkerung in den neuen Mitgliedstaaten tendenziell geringer sind als in den alten. Außer in Zypern liegt in keinem der anderen Beitrittsländer die Armutsquote über 20%, während dies immerhin in sechs der 15 alten Länder der Fall ist, nämlich in Irland (40%), Spanien (30%), Portugal (29%), Griechenland (28%), Großbritannien (24%) und

Belgien (21%). Insgesamt, d.h. für die gesamte EU berechnet, haben Personen, die 65 und älter sind, mit 18% ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Bei dieser Gruppe hat allerdings die Art der Armutsmessung besondere Auswirkungen, wie im nächsten Abschnitt noch gezeigt wird (vgl. auch ausführlich dazu Hauser/Strengmann-Kuhn 2004).

Abbildung 4: Armutsquoten der älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter) in den Ländern der Europäischen Union



Quelle: Europäischer Rat (2006): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Anhang – Methodologie und statistische Tabellen. Tabelle 5. Eigene Darstellung.

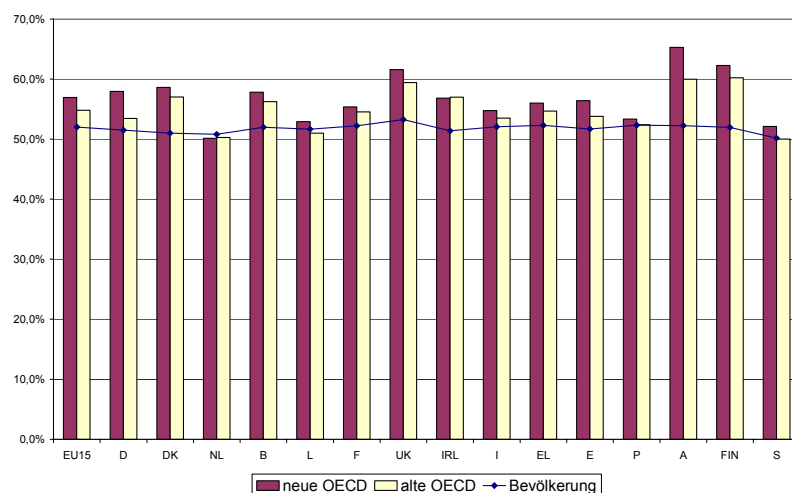
Problematik der Armutsmessung

Die bisher dargestellten Ergebnisse basieren auf der oben dargestellten EU-Armutsriskogrenze. Im Folgenden wird gezeigt, wie sich die Ergebnisse verändern würden, wenn statt dieser eine andere Armutsgrenze verwendet würde. Dies soll ausschließlich durch Verwendung einer anderen Äquivalenzskala, nämlich der ursprünglichen OECD-Skala, verdeutlicht werden. Auf weitere Methoden kann hier nicht ausführlich eingegangen werden, aber feststellbar ist, dass Ergebnisse, die auf weiteren Messverfahren basieren, darauf hindeuten, dass die ursprüngliche OECD-Skala adäquater ist wie die modifizierte (vgl. Strengmann-Kuhn 2004a)

Da die Daten des EU-SILC der Wissenschaft noch nicht zur Verfügung stehen – dies soll Ende 2006 der Fall sein – werden die aktuellsten Daten des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) verwendet, also für das Jahr 2001, die sich noch auf die alten 15 Mitgliedstaaten beschränken. Auf den Umfang der Armutspopulation wirkt sich die Verwendung der anderen Äquivalenzskala nur marginal aus, allerdings

nicht auf die Struktur der Armut, wie im Folgenden gezeigt wird. Dabei beschränke ich mich, wie schon im vorherigen Abschnitt, auf die Auswirkungen auf die Ergebnisse zu Armut von Frauen, Kinderarmut und Armut der älteren Bevölkerung. Verglichen wird jeweils der Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppen an der Armutspopulation und an der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 5: Anteil von Frauen an der Gesamtbevölkerung und an der Armutspopulation in den Ländern der Europäischen Union



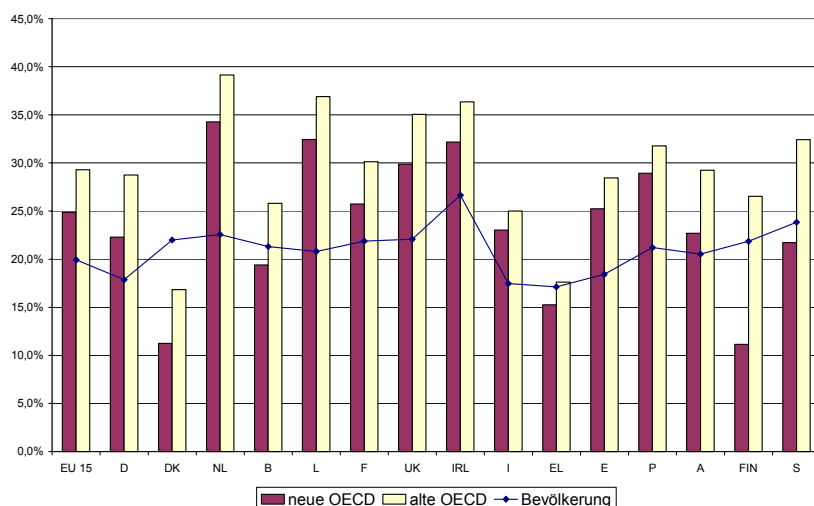
Quelle: European Community Household Panel (ECHP) 2001, eigene Berechnungen

Abb. 5 zeigt, dass die Auswirkungen der Armutsmessung auf den Anteil der Frauen eher gering sind, allerdings ist in der Regel der Anteil der Frauen an der Armutspopulation geringer, wenn die ursprüngliche OECD-Skala verwendet wird. In einigen Fällen liegt der Frauenanteil dann sogar nur knapp über dem Frauenanteil in der Gesamtbevölkerung, der üblicherweise etwas mehr als 50% beträgt. Dieses Ergebnis lässt sich einfach erklären. Wie oben bereits erwähnt, sind deswegen mehr Frauen als Männer von Armut betroffen, weil alleinstehende alte Frauen und Alleinerziehende üblicherweise ein besonders hohes Armutsrisiko haben. Gleichzeitig sind dieses in der Regel relativ kleine Haushalte. Die neue OECD-Skala führt, wie ebenfalls schon ausgeführt wurde, dazu, dass die Armutsgrenze von kleinen Haushalten höher und die von großen niedriger ist. Bei Verwendung der ursprünglichen OECD-Skala sind deshalb häufiger Familienhaushalte mit zwei Elternteilen von Armut betroffen, bei denen der Anteil von Männern und Frauen gleich ist.

Bei den Kindern zeigt sich genau der umgekehrte Effekt. Haushalte mit Kindern sind größer und werden daher bei Verwendung der ursprünglichen OECD-Skala eher als arm kategorisiert. In allen Ländern liegt deshalb bei diesem Messverfahren der Anteil der armen Kinder noch höher, und nur noch in Dänemark sind Kinder

unterdurchschnittlich arm (vgl. Abb. 6). In der EU insgesamt liegt der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung bei etwa 20%, an der Armutspopulation sind es 25% bei Verwendung der modifizierten und bei Verwendung der ursprünglichen OECD-Skala sogar fast 30%. In beiden Fällen sind Kinder also überdurchschnittlich von Armut betroffen.

Abbildung 6: Anteil von Kindern (bis 15 Jahren) an der Gesamtbevölkerung und an der Armutspopulation in den Ländern der Europäischen Union

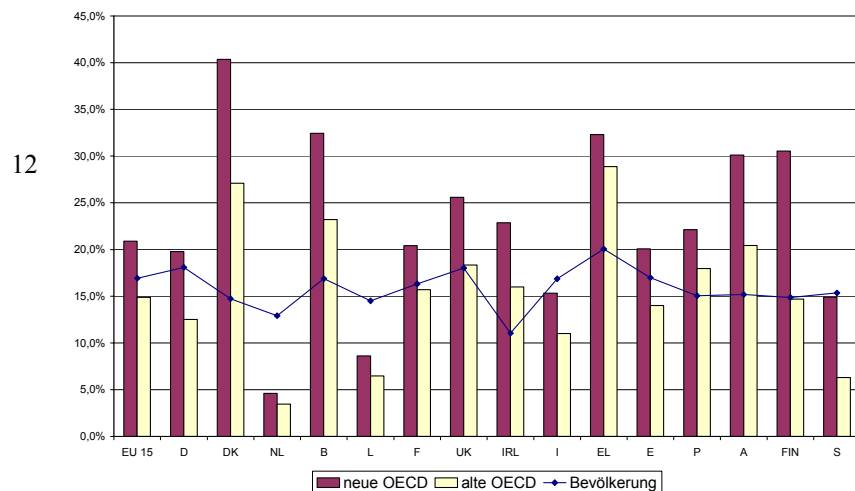


Quelle: European Community Household Panel (ECHP) 2001, eigene Berechnungen

Bei den Älteren ab 65 Jahren wurde oben bereits gezeigt, dass sie auf Basis der EU-Armutsgrenze im EU-Durchschnitt ein überdurchschnittliches Armutsrisiko haben. Wird die ursprüngliche OECD-Skala verwendet, so ergibt sich hingegen ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko (vgl. Abb. 7). Die Erklärung ist wieder die gleiche: Ältere leben in der Regel in kleineren Haushalten und werden deshalb bei Verwendung der EU-Armutsgrenze eher als arm eingestuft. Deshalb sind in allen Ländern die Armutsquoten in der älteren Bevölkerung deutlich geringer, wenn die andere Äquivalenzskala verwendet wird.

Abbildung 7: Anteil d. älteren Bevölkerung (65 u. älter) an Gesamtbevölkerung und Armutspopulation in den Ländern der Europäischen Union

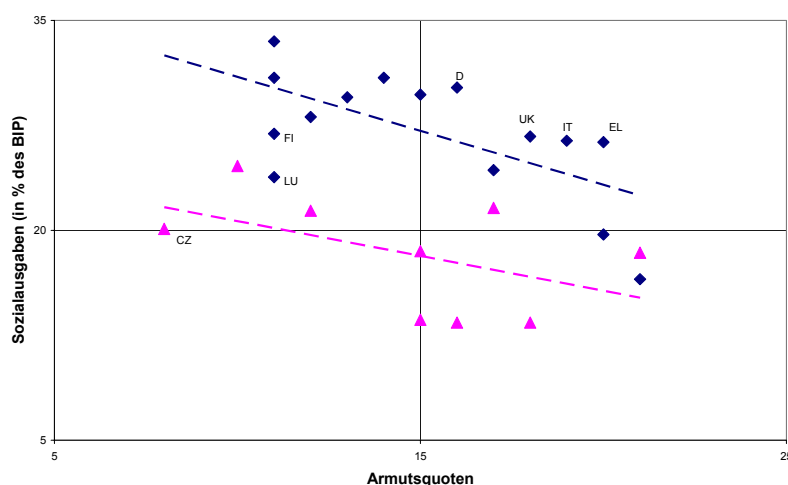
Quelle: European Community Household Panel (ECHP) 2001, eigene Berechnungen



Strategien gegen Armut

Unabhängig davon, wie Armut gemessen wird, ist die Betroffenheit von Armut in der Europäischen Union hoch, was die Frage nach geeigneten Mitteln gegen Armut aufwirft. Bevor weiter unten die Armutsbekämpfung für einzelne Gruppen diskutiert wird, wird zunächst der Frage nachgegangen, welcher Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Soziales (gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt) und der Armutsquote besteht. Sinkt die Armutsquote mit höheren Ausgaben oder ist es sogar so, dass durch steigende Sozialausgaben die Armut erhöht wird? Die oft in der öffentlichen Diskussion zu hörende Vermutung, dass sich der Sozialstaat seine eigene Klientel schafft, weil höhere Sozialausgaben zu höherer Arbeitslosigkeit und die wiederum zu größerer Armut führt, bestätigt sich nicht. Im Allgemeinen ist die Armutsquote um so geringer, je mehr Geld für Soziales ausgegeben wird (vgl. Abb. 8). Sowohl für die alten wie für die neuen Mitgliedstaaten ergibt sich dabei ein relativ starker linearer Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen, wobei interessant ist, dass dieser für die Beitrittsländer parallel verschoben auf einem niedrigerem Niveau liegt. Auffällig ist außerdem, dass es keine Länder gibt, die eine niedrige Sozialstaatsquote (unter 20%) und gleichzeitig eine geringe Armutsquote (unter 15%) haben. Der entsprechende Quadrant in Abb. 8 ist leer. Umgekehrt gibt es aber durchaus einige Länder, bei denen trotz relativ hoher Sozialausgaben relativ hohe Armutsquoten zu beobachten sind. Von den alten Mitgliedstaaten sind dies insbesondere Deutschland, Großbritannien, Italien und Griechenland, bei denen Sozialleistungen, zumindest was die Armutsbekämpfung angeht, weniger effektiv sind als in anderen Ländern. Insgesamt scheint es so zu sein, dass hohe Sozialausgaben eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine geringe Armutsquote sind.

Abbildung 8: Zusammenhang zwischen Sozialausgabenquote und Armutsquote in den Ländern der Europäischen Union

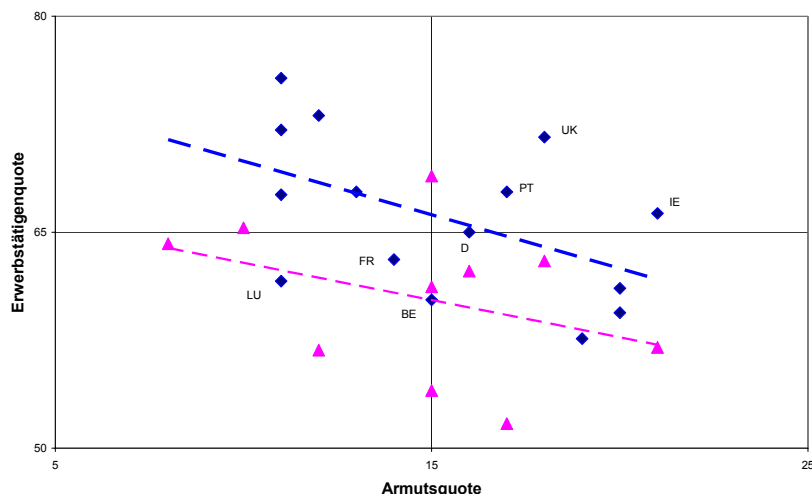


Rauten: alte Mitgliedstaaten, Dreiecke: neue Mitgliedstaaten

Quelle: Europäischer Rat (2006): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Anhang – Methodologie und statistische Tabellen. Tabellen 4 und 5. Eigene Darstellung.

Im Zentrum der Armutsbekämpfungsstrategie der EU steht die Erhöhung der Beschäftigung. Werden, wie eben für die Sozialausgabenquote, die Erwerbstätigen- und die Armutsquote gegeneinander aufgetragen, so scheint es in der Tat einen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Erwerbstätigen und Armut zu geben. Auf der einen Seite stehen Länder mit einer hohen Erwerbstätigenquote und geringer Armut, insbesondere die skandinavischen Länder und die Niederlande, und auf der anderen Seite gibt es Mitgliedstaaten wie Spanien, Griechenland und Italien, bei denen dies gerade umgekehrt ist. In Luxemburg und Frankreich gibt es aber relativ geringe Armutsquoten, obwohl die Erwerbstätigenquote unter 65% liegt und in Großbritannien, Irland und Portugal werden hohe Armutsquoten trotz hoher Beschäftigung beobachtet. Der Zusammenhang ist also nicht ganz so eindeutig, was auch für die neuen Mitgliedstaaten gilt.

Abbildung 9: Zusammenhang zwischen Erwerbstätigenquote und Armutsquote in den Ländern der Europäischen Union



Rauten: alte Mitgliedstaaten, Dreiecke: neue Mitgliedstaaten

Quelle: Europäischer Rat (2006): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Anhang – Methodologie und statistische Tabellen. Tabellen 3 und 5. Eigene Darstellung.

Wird die Entwicklung im Längsschnitt betrachtet, so zeigt sich noch deutlicher, dass die Gleichung "mehr Beschäftigung = weniger Armut" nicht so einfach zutrifft (vgl.

Atkinson et al. 2005: 68ff.). So hat im Zeitraum von 1994 bis 2000 die Beschäftigung in fast allen damaligen Mitgliedsländern der EU zugenommen. Gleichzeitig sank aber nur in wenigen Ländern die Armutsquote, in einigen blieb sie mehr oder weniger konstant und in Irland, Schweden und Finnland stieg sie trotz steigender Erwerbstätigenquote sogar an.

Dass eine Erhöhung der Beschäftigungsquote nicht die Armut reduziert, kann eine Reihe von Ursachen haben. Einerseits mag es sein, dass sich die Erwerbstätigenquote zugunsten von Personen erhöht, die nicht arm sind. Dies können z.B. Arbeitslose sein, die trotz Arbeitslosigkeit ein eigenes Einkommen über der Armutsgrenze haben. Damit ist insbesondere dann zu rechnen, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, weil es weniger Kurzarbeitslose gibt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass eine höhere Erwerbstätigenquote auch dann nicht zu einer Reduktion von Armut führt, wenn die zusätzlichen Erwerbstätigen eine Partnerin oder einen Partner haben, der genug verdient. Falls es sich dabei um Personen aus der stillen Reserve handelt, sinkt nicht einmal die Arbeitslosenquote. Auf der anderen Seite besteht die Möglichkeit, dass zwar die Erwerbstätigenquote von Armen gesteigert wird, diese aber trotz Erwerbstätigkeit weiterhin arm bleiben. Dass dies nicht so abwegig ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen zu den *working poor*, die einen hohen Anteil an den Armen ausmachen (vgl. Strengmann-Kuhn 2001 und 2003, Pena-Casas/Latta 2004, Bardone/ Guio 2005). Zwar sind Erwerbstätige unterdurchschnittlich von Armut betroffen, aber ihre absolute Anzahl und ihr Anteil an den Armen ist beträchtlich. Nach einer Untersuchung von Bardone/ Guio (2005) auf Basis des ECHP 2001 unter Verwendung der EU-Armutsgrenze sind ein Viertel der Armen über 16 Jahre erwerbstätig, das sind ungefähr 11 Millionen arme Erwerbstätige, allein in den alten Mitgliedstaaten.

Eine Armutsbekämpfungsstrategie, die nur auf eine Erhöhung der Beschäftigung setzt, führt also nicht unbedingt zu einer Verringerung von Armut und muss zumindest ergänzt werden durch zielgenaue staatliche Leistungen, die Armut verhindern. Ziel sollte dabei die völlige Beseitigung von Armut sein, also für alle ein Einkommen sicher zu stellen, das über der Armutsgrenze liegt. Entsprechend des von der EU verfolgten *gender mainstreaming* sollte es dabei eigenständige Mindestsicherungen für Frauen und Männern geben.

Wie diese Ziele im Einzelnen erreicht werden, kann gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen bleiben, wobei es vielfältige Möglichkeiten gibt. Eine Möglichkeit sind bedürftigkeitsgeprüfte staatliche Transfers (*means tested benefits*), die gezahlt werden, wenn alle anderen Einkommen nicht ausreichen. Nachteil ist, dass solche Leistungen für eine umfassende Armutsbekämpfung so ausgestaltet sein müssen, dass sie auch von allen Berechtigten bezogen werden, weil es sonst zu verdeckter Armut kommt (vgl. Becker/ Hauser u.a. 2005, Van Oorschot 1994). Das Problem der Nicht-Inanspruchnahme, des *non-take-up*, wird dabei dadurch minimiert, dass die Leistungen allen bekannt und transparent sind, dass die Bedürftigkeitsprüfungen möglichst einfach und der Leistungsbezug nicht stigmatisierend ist. Quasi das Gegenteil von *means-tested benefits* sind universelle, nicht bedürftigkeitsgeprüfte

Leistungen. Diese können entweder an bestimmte Bevölkerungsgruppen gehen, wie z.B. in Deutschland das Kindergeld oder in manchen Ländern eine Grundrente, oder an die gesamte Bevölkerung als bedingungsloses Grundeinkommen ausgezahlt wird (vgl. Vanderborght/ Van Parijs 2005). Eine weitere Möglichkeit ist, Mindestsicherungsleistungen in bestehende Systeme einzubauen, insbesondere in die Sozialversicherungen oder in das Steuersystem. So ist das Kindergeld in Deutschland kein staatlicher Transfer im eigentlichen Sinne, sondern ein Vorschuss auf den zu gewährenden Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer und ist dementsprechend im Einkommensteuerrecht geregelt. Im Prinzip könnte das mit anderen Mindestleistungen ebenfalls geschehen, wobei entweder die Leistung, der so genannte *tax credit*, von vornherein ausgezahlt wird oder im Nachhinein mit der zu zahlenden Steuerschuld verrechnet wird. Ist im letzten Fall der *tax credit* größer als die Steuerschuld, würde eine Zahlung des Finanzamts als „negative Einkommensteuer“ erfolgen und erst ab einem bestimmten Einkommen müssten positive Steuern gezahlt werden.

Für die Integration von Mindestsicherungsleistungen in Sozialversicherungen spricht, dass die Auszahlung für die Betroffenen mit keinem oder nur geringem Aufwand verbunden ist, so dass sich das *non-take-up* Problem nicht stellt. Solche Mindestleistungen in den Sozialversicherungen gibt es vor allem für den Bereich der Alterssicherung. Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten für die konkrete Ausgestaltung (vgl. Strengmann-Kuhn 2004), die sich so auch auf andere Zweige der Sozialversicherung übertragen lassen. Der umfassendste Vorschlag in dieser Richtung ist der einer Grundeinkommensversicherung von Opielka (2005), bei der das Prinzip der Schweizer Rentenversicherung, in der eine Grundrente als Mindestleistung enthalten ist, auf alle Sozialleistungen ausgedehnt wird.

In der Praxis kann es natürlich auch zu Mischungen der genannten Maßnahmen kommen, so könnten universelle Leistungen mit *means tested benefits* kombiniert werden, z.B. ein Kindergeld für Alle unter dem Existenzminimum mit einem vom Elterneinkommen abhängigen Zuschuss, wie er von Hauser/Becker (2001) vorgeschlagen und ansatzweise im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung implementiert wurde. Außerdem ist es unter Umständen sinnvoll, die Maßnahmen nach Bevölkerungsgruppen zu differenzieren, so kann für Rentner und Arbeitslose eine Mindestsicherung innerhalb der Sozialversicherungen adäquater sein und für Erwerbstätige eine im Rahmen der Einkommensteuer.

Die Mitgliedstaaten müssen aus diesem, möglicherweise noch unvollständigen, Katalog die Mittel und die Strategie wählen, die ihnen am geeignetsten erscheint, im Sinne des *children mainstreaming* muss es aber ein vorrangiges Ziel sein, Armut von Kindern zu verhindern. Dies kann dadurch erreicht werden, dass in einem ersten Schritt eine Grundsicherung für Kinder implementiert wird, die mindestens so hoch ist, wie der Betrag, durch den sich die Armutsgrenze bei einem Kind erhöht. Dadurch würde Armut verhindert, die entsteht, obwohl das Einkommen der Eltern für sie selbst ausreicht. In einem zweiten Schritt müsste dann das Existenzminimum der Eltern gesichert werden, wodurch letztlich Kinderarmut ganz vermieden werden könnte.

Ausblick

Armut in Europa hat ein Ausmaß erreicht, das "weder sozial noch wirtschaftlich hinnehmbar" ist (Europäische Kommission 2005: 11). Mit der Offenen Methode der Koordinierung wurde ein wichtiges Mittel eingeführt, um den Kampf gegen Armut in Europa voran zu treiben. Bisher konzentriert sich die OMK auf die Erfassung und Beschreibung von Armut in den Mitgliedstaaten, was aber insofern ein notwendiger erster Schritt ist, dass es jetzt europaweit einheitliche Indikatoren zum Bereich Armut und soziale Ausgrenzung gibt, die es ermöglichen, Ausmaße, Strukturen und Entwicklungen mit einander zu vergleichen. Mit dem Ende des Jahres vorliegenden neuen Datensatz EU-SILC wird dies dann noch wesentlich besser möglich sein als bisher. Was noch fehlt, sind fundiertere Analysen zu den Ursachen von Armut und zu den Wirkungen und der Effektivität von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Hierzu ist es insbesondere wichtig, Längsschnittinformationen zu nutzen und Informationen auf Mikroebene, also über Personen und Haushalte, mit makroökonomischen Daten zu verknüpfen. Außerdem ist es notwendig, einzelne Maßnahmen genauer zu analysieren, z.B. auf Basis von Mikrosimulationen, durch die im Vorhinein Armutswirkungen prognostiziert und im Nachhinein evaluiert werden können. Aufgrund des Stellenwerts der Armutsvermeidung als sozialpolitisches Ziel wäre es sinnvoll, ein *poverty mainstreaming* für alle wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten zu haben, um die Effekte auf Armut von vornherein mitzudenken.

Nicht zuletzt durch den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten muss auch über die Art der Armutsmessung noch einmal neu nachgedacht werden. So zeigen die Auswertungen von subjektiven Daten und Lebensstandardsindikatoren, dass die Armut durch eine auf den nationalen Durchschnitt bezogene Armutsmessung in den östlichen Mitgliedstaaten möglicherweise unterschätzt wird (vgl. Fahey et al. 2005). In Ergänzung zu der von der EU beschlossenen Armutsgrenze sollten daher Methoden, die auf dem beobachteten Lebensstandard (direkte Armutsmessung) und/oder auf individuellen Einschätzungen basieren, gestärkt werden, um ein differenzierteres Bild über Armut zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist auch die Wahl der Äquivalenzskala zur Messung von Einkommensarmut noch einmal in dem Sinne zu überprüfen, ob damit die Struktur der Armut adäquat abgebildet wird. Schließlich sollten in Zukunft zusätzlich auch Armutsquoten, die auf einer EU-weiten Armutsgrenze basieren, veröffentlicht werden, damit nicht nur die Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten deutlich werden, sondern auch die zwischen den Ländern.

Unabhängig von der Art der Armutsmessung ist, dass Kinder und Familien besonders von Armut betroffen sind. Sozialpolitisch sollte deshalb die Verringerung von Kinderarmut ein vorrangiges Projekt der Europäischen Union sein. Die Forderung eines *children mainstreaming* für den gesamten Bereich der Sozialpolitik der Europäischen Union ist deshalb voll zu unterstützen. Darüber hinaus sind aber auch für andere Bevölkerungsgruppen Mindesteinkommensregelungen zu

implementieren, die für jeden Menschen ein existenzsicherndes Einkommen garantieren, das Armut verhindert.

Literatur

- Atkinson Tony/ Cantillon Bea/ Marlier Eric/ Nolan, Brian (2002): *Social Indicators: The EU and Social Inclusion*. Oxford: Oxford University Press.
- Atkinson Tony, Cantillon Bea, Marlier Eric and Nolan Brian (2005): *Taking forward the EU Social Inclusion Process. An Independent Report commissioned by the Luxembourg Presidency of the Council of the European Union*. http://www.ceps.lu/eu2005_lu/inclusion/report.cfm
- Bardone, Laura/ Guio, Anne-Catherine (2005): *Armutgefährdung. Auf EU-Ebene gemeinsam vereinbarte Indikatoren. Statistik Kurzgefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, 5/2005*. Eurostat.
- Becker, Irene/ Hauser, Richard unter Mitarbeit von Peter Krause, Markus Grabka, Birgit Mattil und Klaus Klaus Kortmann (2004): *Verteilung der Einkommen 1999-2003. Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung*. Frankfurt am Main.
- Becker, Irene/ Hauser, Richard unter Mitarbeit von Klaus Kortmann, Tatjana Mika und Wolfgang Strengmann-Kuhn (2005): *Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen*. Berlin: edition sigma.
- Europäische Kommission (2005): *Mitteilung der Europäischen Union: Sozialpolitische Agenda. KOM (2005) 33*. Brüssel.
- Europäischer Rat (1985): *Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 2/24 vom 3.1.85*.
- Europäischer Rat (2006): *Germeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung.. Brüssel*. http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/jrep_de.htm
- Fahey, Tony/ Whelan, Christopher T./ Maitre, Bertrand (2005): *First European Quality of Life Survey: Income Inequalities and Deprivation*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin.
<http://www.eurofound.eu.int/pubdocs/2005/93/en/1/ef0593en.pdf>
- Hagenaars, Aldi J.M/ de Vos, Klaas/ Zaidi, M. Ashgar (1995): *Armutstatistik Ende der 80er Jahre. Für Eurostat erstellte Studie*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Hauser, Richard/ Becker, Irene (2001): *Lohnsubventionen und verbesserter Familienlastenausgleich als Instrumente zur Verringerung von Sozialhilfeabhängigkeit*. In: Mager, Hans-Christian/ Schäfer, Henry/ Schrüfer, Klaus (Hrsg.): *Private Versicherung und Soziale Sicherung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Roland Eisen*. Marburg: Metropolis Verlag.
- Hauser, Richard/ Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2004): *Armut der älteren Bevölkerung in den Ländern der Europäischen Union. DRV-Schriften des Verbandes der Rentenversicherungsträger (VDR), Band 54*. Frankfurt am Main
- OECD (1982): *The OECD List of Social Indicators*. Organisation for Economic Cooperation and Development. Paris.
- Oorschot, Wim van (1994): *Take it or leave it. A study of non-take-up of social security benefits*. Tilburg University Press

- Opielka, Michael (2005): Die Idee einer Grundeinkommensversicherung. Analytische und politische Erträge eines erweiterten Konzepts der Bürgerversicherung. In: Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hrsg.): Bürgerversicherung in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pena-Casas, Ramón/ Latta, Mia (2004): Working Poor in the European Union. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin. <http://www.eurofound.eu.int/pubdocs/2004/67/en/1/ef0467en.pdf>
- Ringen, Stein (1988): Direct and Indirect Measures of Poverty. *Journal of Social Policy* 17, 3: 351-365.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2001): Erwerbstätige Arme in den Ländern der Europäischen Union. In: Becker, Irene/ Ott, Notburga/ Rolf, Gabriele (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag. Frankfurt/Main: Campus.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurter Beiträge zu Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main: Campus.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2004a): Poverty Measurement with the European Community Household Panel. Paper presented at the ChangeQual (the Economic Change, Unequal Life-Chances and Quality of Life research network funded by the DG Research, 5th Framework Programme) meeting May 2004 in Paris.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2004b): Grundrente und Grundsicherung im Alter - Ziele, Modelle und offene Fragen. In: Opielka, Michael (Hrsg.): Grundrente in Deutschland. Sozialpolitische Analysen. Aus der Reihe: Perspektiven der Sozialpolitik Bd. 6. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vanderborght, Yannick/ Van Parijs, Philippe (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt am Main: Campus.